



Zentralisierung

In den Wahlprüfsteinen vor den letzten Landtagswahlen haben wir immer wieder den zentralistischen Kurs des Landes angesprochen und auf die gegenläufigen Anstrengungen und Erfolge anderer Bundesländer hingewiesen. Dabei haben wir besonders auf Bayern aufmerksam gemacht, das in den letzten Jahrzehnten ein beispielhaftes Programm der Dezentralisierung von Landes- und landesnahen Behörden zur Stärkung der Mittelstädte durchgeführt hat.

Die Entlastung der Region Stuttgart wird immer dringender, wie die täglichen Staumeldungen weiter zeigen. Die Konzentration im Stuttgarter Raum widerspricht auch dem in der Landesverfassung festgelegten dezentralen Prinzip.

Wir fragen deshalb wie schon zuvor: Sind Sie bereit sich für eine Korrektur der bisherigen zentralistischen Politik einzusetzen, alle Landesteile gleichwertig zu fördern und mit dezentralen Strukturen die Leistung- und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes zu erhöhen?

Die Kreisreform von 1973 hat die historischen Grenzen der Landesteile verwischt, so dass diese in den aktuellen administrativen Grenzen nicht mehr sichtbar sind. In vergangenen Landtagswahlkämpfen wurde mehrmals eine neue Kreisreform angesprochen, so auch im aktuellen Wahlkampf. Sehen Sie in einer weiteren Kreisreform, mit Schaffung noch größerer Landkreise über die historischen Grenzen hinweg und unter Auflösung der Regierungsbezirksebene ein geeignetes Mittel zentralistischen Tendenzen im Bundesland entgegenzuwirken? Eine dem Zentralismus entgegenwirkende, bestehende Einrichtung ist die „Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten“, die beim Regierungspräsidium Freiburg angesiedelt ist. Wie soll die für Baden wichtige grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Wegfall der Regierungspräsidien, dezentral vor Ort weiterbestehen?



Wissenschaft

Die Zusammenarbeit der Universitäten und Hochschulen am Oberrhein, insbesondere auch grenzüberschreitend, besteht erfolgreich seit Jahren und ist für das Land von großer Bedeutung. Dies gilt für alle Forschungsbereiche wie Künstliche Intelligenz, Cyber-Security, autonomes Fahren, der Batterietechnologie, die Transformations- und Speichertechnologien der Energie der Zukunft, industrielle Softwareentwicklung, hochtechnologische Automatisierung und auch Medizintechnik.

Wir fragen deshalb Ihre Partei, wie werden Sie die Forschung und Entwicklung an den badischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und besonders auch im trinationalen Oberrheingebiet in den genannten Bereichen unterstützen?

Innovationen sichern die Zukunft unseres Landes. Wie wollen Sie insbesondere die Grundlagenforschung, die eigentliche Technologieentwicklung, den Technologietransfer und die praktische Umsetzung und Kompetenzentwicklung in den Unternehmen in den obigen Bereichen konkret fördern?

Wie unterstützen und fördern Sie die Technologieumsetzung in den KMUs?

Welches konkrete Konzept haben Sie für diese Unterstützung und für die Innovationsfähigkeit im Verbund von Industrie und Forschung?

Wie stellen Sie sicher, dass die Studien ausländischer Mitbürger auch im Land einen Mehrwert generieren?

Baden-Baden

Die äußerst angespannte Finanzsituation der Stadt Baden-Baden beschäftigt die Verantwortlichen seit den 1980er Jahren mit zunehmender Sorge. Die Fusion der Rundfunkanstalten, die durch das Land durchgesetzt wurde, stärkte den Standort Stuttgart auf Kosten von Baden-Baden. Nicht nur der Imageverlust ist groß, Hunderte von Arbeitsplätzen gingen verloren. Steuerkraft und Gewerbesteuererinnahmen der Funk- und Fernsehwerbung gingen nach Stuttgart. Der Wegzug der französischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, als Folge der Standortaufgabe führte zu weiteren Kaufkraftverlusten.

Die Tatsache der gravierend schlechteren Haushaltslage gegenüber anderen Städten, hat Ihre Ursachen vor allem in den falschen Weichenstellungen des Landes.

Die Zerschlagung der seit Jahrzehnten sehr erfolgreich arbeitenden Bäder- und Kurverwaltung, die von Land und Stadt getragen, aus der Spielbankabgabe finanziert wurde sowie die Umwandlung der Rückflüsse aus der Spielbankabgabe als nicht ausreichende Landeszuschüsse, hat sich für die Stadt außerordentlich nachteilig ausgewirkt. Es fehlen jährlich Millionen für die Erhaltung der kurörtlichen Infrastruktur. Das Land reduzierte den Anteil Baden-Badens bereits 1955 auf 65 und später auf 50%.

Schwer geschädigt wurde die jahrzehntelang einzige Spielbank in Deutschland durch die Gründung der staatlichen Spielbank Stuttgart und die Verstaatlichung der Spielbank Baden-Baden mit Filiale Konstanz. Seit 1994 ist die Rückerstattung für Baden-Baden aus der Spielbankabgabe auf 19.1% geschrumpft und die Stadt nicht mehr in der Lage ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Zukunft des Neuen Schlosses, das zusehends verfällt steht unter höchstem Denkmalschutz und deshalb muss nach Gesetz das Land alle rechtlichen Schritte gegenüber den Eigentümern durchsetzen, um die Bausubstanz zu erhalten. Ihre Verantwortung hat sie seit dem Verkauf aufgegeben und die Stadt allein gelassen.

Die Weltgemeinschaft hingegen hat die Bedeutung der Stadt zum Welterbe erhoben und damit entstand eine besondere zusätzliche Verpflichtung auch für das Land Baden-Württemberg.

Wir fragen deshalb ihre Partei: Wie werden Sie die Stadt Baden-Baden unterstützen, damit sie der Klassifizierung Welterbestadt gerecht werden kann?

Badische Gedenkstätten

Mit zum Teil erheblichem finanziellen Aufwand unterstützt das Land Baden-Württemberg fünf größere Geschichtsorte und Gedenkstätten im württembergischen Landesteil. Im badischen Landesteil gibt es dagegen keine entsprechende Einrichtung.

Seit dem Jahr 2012 bemüht sich der Verein „Lernort Kislau“ darum, auf dem Areal des ehemaligen Konzentrationslagers Kislau in Bad Schönborn bei Bruchsal einen Lernort zur gesamtbadischen NS-Geschichte zu errichten.

Seit dem Jahr 2018 fördert das Land das Projekt „Lernort Kislau“ institutionell, es bestehen seit Gründung der Initiative auch Bestrebungen am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers eine Bildungs- und Begegnungsstätte zu errichten. Im Dezember 2024 hat der Landtag für diesen Neubau 1,8 Mio. € in den Landeshaushalt aufgenommen. Auch wenn damit nun die Realisierung des Projekts in greifbare Nähe gerückt ist, kann es nach nun über 10 Jahren Planungszeit nicht vollständig sicher sein, dass diese Mittel ausreichen – auch um einen langfristigen Betrieb zu gewährleisten. Ist Ihre Partei und Fraktion bereit, sich für einen Erinnerungsort an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Baden einzusetzen und dessen dauerhafte Finanzierung über Mittel des Landes Baden-Württemberg sicherzustellen?

Eine weitere Gedenkstätte in Baden ist das Karlsruher Ständehaus, dem man auch über die Grenzen Badens hinaus eine besondere Bedeutung für die Demokratiegeschichte in Deutschland zumessen kann. Auch wenn das Gebäude des ersten Parlamentsneubau in Deutschland im 2. Weltkrieg zerstört wurde, besteht seit 1991 ein an das ursprüngliche Gebäude erinnernder Neubau der Stadt Karlsruhe. Dieser beherbergt auch eine Ausstellung zur Demokratiegeschichte in Baden und ganz Deutschland, die von der Stadt Karlsruhe im Wesentlichen finanziert wurde.

Ist Ihre Partei bereit dafür einzutreten, dass sich das Land Baden-Württemberg bei einer Neukonzeption der Ausstellung maßgeblich finanziell beteiligt und gegebenenfalls einer Trägerschaft allein durch das Land – als Rechtsnachfolger von Großherzogtum und Republik Baden - anstrebt?

Grenzüberschreitende Mobilität

Für Baden ist die Zusammenarbeit nicht nur mit unseren Nachbarbundesländern, sondern auch mit den Nachbarstaaten Frankreich und der Schweiz essenziell: Betrachtet man z. B. die Tagespendler anhand der historischen Grenzen der Landesteile, so ist deren Anzahl von und nach Baden aus den Nachbarländern höher, als die Anzahl der Tagespendler zwischen dem badischen und württembergischen Landesteil. Wie möchten Sie die grenzüberschreitende, regionale Zusammenarbeit - insbesondere mit dem Elsass und der Nordschweiz - ausbauen und bereits erzielte Fortschritte sichern?

Insbesondere im Bereich der Mobilität zeigen allein die Tagespendlerzahlen die Bedeutung einer flüssigen Abwicklung an den Außengrenzen der Bundesrepublik gerade für Baden. Wie möchten Sie bei einer Beteiligung an einer neuen Landesregierung sicherstellen, dass das badische Bedürfnis nach unkompliziertem und unbehindertem Grenzverkehr gewährleistet wird?

Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität besteht noch viel Potential den bereits vorhandenen internationalen Grenzverkehr von und nach Baden zu verbessern. Wie möchten Sie die Infrastruktur des öffentlichen Verkehr ins Elsass und in die Schweiz verbessern?

Inwieweit unterstützen Sie durch Fördermittelzusagen die Einbeziehung von grenzüberschreitender Planungen zum öffentlichen Verkehr bei der regionalen und lokalen Nahverkehrsplanung? Werden Sie sich für den Ausbau eines schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs zwischen dem Nordelsass und Nordbaden im Bereich Haguenau und Rastatt einsetzen?

In Nordbaden besteht derzeit noch ein „Nadelöhr“ im europäischen Schienenverkehr zwischen Mannheim und Karlsruhe. Die Planungen zu dessen Beseitigung sind in der letzten Legislaturperiode weit fortgeschritten. Wie werden Sie sich in einer Landesregierung an diesem bundesweit und europäisch wichtigen Projekt beteiligen, insbesondere um neue Belastungen für die anliegenden Kommunen in Nordbaden, die durch dieses Projekt entstehen können, zu vermeiden?



Folgen der Klimaveränderung in Baden

In Zukunft wird nach es wissenschaftlichen Erkenntnissen verstärkt zu Hochwasserproblemen, insbesondere im Bereich kleinerer Flüsse und Bäche durch Starkregenereignisse kommen. Auch Baden ist hiervon schon jetzt betroffen, wie das Hochwasser des Saalbachs 2025 im Bereich Gondelsheim/Bruchsal gezeigt hat. Trotz bereits vorhandener Hilfsprogramme konnte bei diesem Ereignis zunächst keine Landesmittel zur Unterstützung der betroffenen Kommunen zugesagt werden, obwohl dies bei einem vergleichbaren Ereignis im Rems-Murr-Kreis der Fall war.

Wie möchte Ihre Partei und Fraktion zukünftig verhindern, dass bei zu erwartenden zukünftigen Katastrophenereignissen der Eindruck entsteht, im württembergischen Landesteil werden schneller und unbürokratischer Hilfsmittel von Seiten des Landes bereitgestellt, als in Baden?

Welche politischen Maßnahmen plant Ihre Fraktion im Bereich der infrastrukturellen Prävention, um Kommunen in hochwassergefährdeten Gebieten zu schützen?

In welcher Form können geschädigte Gemeinden in unbürokratischer Weise schnell und umfassend unterstützt werden?

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei in der Unterstützung von Seiten des Landes, die Aufheizung versiegelter Flächen in Innenstädten zu minimieren und somit dem Klimawandel entgegenzuwirken?

Sehen Sie die Möglichkeit, eine regionale „Klima-Folgen-Konferenz“ mit verschiedenen Experten (z.B. Bürgermeister gefährdeter Kommunen in Baden) und deren regionalem Detailwissen in Hinblick auf die Klimaveränderung zu unterstützen?

Ungleiche Fördermittelzuweisung

Die Landesvereinigung Baden in Europa untersucht seit vielen Jahren den Landeshaushalt und verschiedene Förderprogramme. Dabei stoßen wir immer wieder auf eine Ungleichverteilung der Mittelzuweisung zu Ungunsten des badischen Landesteils. Auch in der letzten Legislaturperiode haben wir in verschiedenen Themenbereichen eine am Bevölkerungsanteil gemessen, geringere Mittelzuweisung an Institutionen und Kommunen in Baden als in Württemberg festgestellt. Dies war z.B. beim Entwicklungsprogrammen im ländlichen Raum, der Städtebauförderung, der Förderung des kommunalen Straßenbaus, und der kommunalen Sportstätten, sowie bei den Zuschüssen zu Festspielen der Fall.

Wir möchten Sie fragen, wie Sie sich dieses Ungleichgewicht erklären und wie Sie im Sinne des Artikels 3a der Landesverfassung diesem entgegenwirken möchten?

Kommunaler Straßenbau - Förderprogramm 2021

<https://www.lv-baden.de/archiv/kommunaler-strassenbau-forderprogramm-2021/>

Städtebau-Förderprogramm 2021

<https://www.lv-baden.de/archiv/stadtebau-forderprogramm-2021/>

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum Förderprogramm 2021

<https://www.lv-baden.de/archiv/elr-forderprogramm-2021/>

Städtebauförderung, Förderung des kommunalen Straßenbaus und kommunaler Sportstätten 2024

<https://www.lv-baden.de/archiv/stadtebauforderung-2024/>

Landeszuschüsse zu Festspielen 2020-2022

<https://www.lv-baden.de/archiv/landeszuschusse-zu-festspielen-2020-2022/>